

Lieber Werner - stellvertretend für alle Aktiven - liebe Herta, liebe Andrea, liebe Kolleg\*innen, liebe Gäste,

ich freue mich, heute anlässlich „50 Jahre Radikalenerlass“ an dieser Veranstaltung unter dem Motto „50 Jahre aufrechter Gang“ teilnehmen zu können. Und so schön immer wieder Angelika auf dem Plakat zu sehen. Euch, den Aktiven im **Bundesarbeitsausschuss der Initiativen gegen Berufsverbote und für die Verteidigung der demokratischen Grundrechte**, zunächst herzlichen Dank für die Einladung und das beeindruckende Programm, das ihr in dieser Woche hier in Berlin veranstaltet. Euer Engagement ist von unschätzbarem Wert, wenn es zu diesem unrühmlichen Jubiläum darum geht, die mit dem Erlass von 1972 etablierte Praxis der Berufsverbote in Erinnerung zu rufen und über das damit verbundene und bis heute wirkende Unrecht gegenüber Betroffenen sowie die gesamtgesellschaftlichen Folgen aufzuklären.

Eine umfassende wissenschaftliche Aufarbeitung und öffentliche Debatten über die politischen und juristischen Fehlentscheidungen sowie deren Auswirkungen sind angesichts aktueller Verlautbarungen zukünftig „Verfassungsfeinde schneller als bisher“ aus dem öffentlichen Dienst „entfernen“ zu wollen, wichtiger denn je.

Eine Gesetzesinitiative der CDU in Brandenburg unter der Parole „Verfassungstreuecheck im öffentlichen Dienst“ lässt eine Wiedereinführung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz befürchten und die Berliner Senatsbildungsverwaltung hat vor knapp zwei Wochen erst nach heftigem Protest der Berliner GEW einen umstrittenen Fragebogen gestoppt, mit dem Lehramtsanwärter:innen der Behörde mitteilen sollten, ob und welche Tätowierungen sie haben. Die GEW Berlin hat diesen Fragebogen als „rechtswidrige Gewissensüberprüfung per

Hautscreening“ und „unzulässigen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte“ scharf kritisiert.

Fehler der Vergangenheit, liebe Kolleg\*innen, und als solchen hat man den Radikalenerlass eindeutig eingestuft, dürfen in keinem Fall wiederholt werden und Einstellungen im öffentlichen Dienst von politischen Gesinnungsprüfungen durch Sicherheitsbehörden abhängig gemacht werden. Auch wenn die aktuellen Vorhaben verhindern sollen, dass extreme Rechte im öffentlichen Dienst beschäftigt werden oder rechte Netzwerke in Polizei, Militär und Justiz weiter ihr Unwesen treiben:

**„Pauschale Berufsverbote waren, sind und bleiben falsch“** – damit zitiere ich Heribert Prantl, der im Juni auf unserem außerordentlichen Gewerkschaftstag zum Thema sprechen wird.

**Wir wollen keinen Überwachungsstaat!** Statt Millionen von Beschäftigten zu überprüfen und sie somit unter Generalverdacht zu stellen, müssten Verstöße gegen das Grundgesetz -wie z.B. rassistische oder antisemitische Äußerungen - konsequenter geächtet sowie disziplinar- und strafrechtlich verfolgt werden. **Es verwundert schon, wie lange sich manche Personen im Staatsdienst „verfassungsfeindlich“ äußern können, bis etwas passiert.** Der aktuelle [Lagebericht Rechtsextremisten, Reichsbürger und Selbstverwalter in Sicherheitsbehörden](#) des Bundes und der Länder zeigt einmal mehr, dass es höchste Zeit ist zu handeln – allerdings nicht durch Verfahren, die zutiefst undemokratisch sind und im Zweifel gegen jene eingesetzt werden (können), die Courage zeigen gegen menschen- und demokratiefeindlichen Ideologien sowie rechtsextreme Tendenzen. Sogenannte Extremismusbeschlüsse oder -klauseln schüren ein Klima des Misstrauens, das menschenrechtsorientierte Bildungsarbeit und antifaschistisches

Engagement unterminiert – auch das lehrt uns die Geschichte und leider auch die Gegenwart, liebe Kolleg\*innen.

Als GEW wissen wir um unsere historische Verantwortung und die aktuellen Herausforderungen. Wir stehen fest an eurer Seite, um von Bundes- und Landesregierungen mit Nachdruck die politische und materielle Rehabilitierung der Opfer von Berufsverboten zu fordern. Gemeinsam machen wir uns für eine nachhaltige wissenschaftlich fundierte Aufklärungsarbeit stark. Dabei nehmen wir auch unsere eigene Rolle – insbesondere den Ausschluss von Mitgliedern auf Basis von Unvereinbarkeitsbeschlüssen – selbstkritisch in den Blick.

Im Oktober 2017 fand in Kassel die zweite bundesweite Berufsverbote-Konferenz der GEW mit über 100 Teilnehmer\*innen statt. Es wurden ‚Auswirkungen der Berufsverbotspraxis gestern und heute‘ beleuchtet und Forderungen an die politische Aufarbeitung formuliert. Die Ausstellung „Vergessene Geschichte – Berufsverbote – Politische Verfolgung in der BRD“ reist in Teilen erweitert durch die Länder und es sind bemerkenswerte Veranstaltungen mit guter Resonanz zustande gekommen. Es haben sich Initiativen und aktive GEW-Arbeitskreise in einzelnen Bundesländern verstärkt vernetzt. In der GEW Berlin konstituierte sich im Mai 2018 eine [AG Berufsverbote](#). In Hamburg erwirkte die GEW, dass die Regierungsfractionen im Sommer 2018 einen Antrag in die Bürgerschaft zur Aufarbeitung der Berufsverbote einbrachten, auch wenn dieser hinter den Erwartungen zurückblieb. Die GEW NRW hat ihre Aktivitäten auf Basis eines Beschlusses im Mai 2019 nochmals intensiviert und den Druck auf die Politik erhöht – u.a. durch Gespräche und öffentliche Veranstaltungen mit Vertreter\*innen der Landtagsfractionen.

Folgende Forderungen und Bewertungen stehen dabei im Mittelpunkt; Niedersachsen dient als Beispiel, wenn der Prozess auch dort ohne Entschädigung unvollendet bleibt.

- *Die GEW bewertet den Radikalenerlass und die darauf beruhende Politik der Berufsverbote als verhängnisvollen politischen Fehler.*
- *Die GEW fordert von der Politik eine grundsätzliche Aufarbeitung des durch Berufsverbote entstandenen Unrechts.*
- *Die GEW erwartet von der Politik, diese Fehlentscheidung einzugestehen und Vorschläge für Rehabilitationsmaßnahmen und Entschädigungsleistungen vorzulegen.*
- *Die GEW fordert einen Beschluss des Landtages NRW, die Betroffenen der unrechtmäßigen Berufsverbote in Nordrhein-Westfalen umfassend zu rehabilitieren.*

Ende letzten Jahres hat die GEW NRW mit ihrer Ausstellung [„Berufsverbote. Aufarbeiten und Entschädigen“](#) im Landtag und einem Fachvortrag von dir, liebe Herta, ihre politischen Forderungen nochmals bekräftigt. Allerdings kann ich zu den politischen Prozessen nur sagen, dass es schwierig bleibt. CDU, Angst vor der Rolle der AfD. Die GEW Hessen hat ihre Kreisverbände zum Beispiel aufgefordert, „die Forderung nach Aufarbeitung des Erlasses und seiner Folgen für die Betroffenen“ zu thematisieren und Zeitzeuginnen oder Zeitzeugen einzuladen.

Die vom Hauptvorstand der GEW berufene „Kommission zur Rehabilitierung von Betroffenen der GEW-Unvereinbarkeitsbeschlüsse“ hat sich der Aufarbeitung der GEW-Geschichte in diesem Zusammenhang gewidmet sowie entsprechende Studien gefördert.

Den durch die Unvereinbarkeitsbeschlüsse Ausgeschlossenen bieten wir nun eine Anerkennungspauschale für entgangene Rechtsschutzleistungen sowie eine kostenfreie Mitgliedschaft an. Das entschuldigt zwar nicht, dass die GEW diese Kolleg\*innen damals im

Stich gelassen hat, aber es symbolisiert, dass wir es ernst meinen mit dem „Lernen aus der Geschichte“, auch aus den eigenen dunklen Kapiteln. Ich möchte an dieser Stelle nochmals um Entschuldigung für unsolidarisches Handeln seitens der GEW bitten.

Ich freue mich über jedes Verfahren, das mit Hilfe der GEW geführt und gewonnen werden konnte. Vor allem gilt mein größter Respekt und Dank, dass ihr als Betroffene so unverzagt und beharrlich gegen das geschehene und nachwirkende Unrecht kämpft, eure persönlichen Geschichten und Erfahrungen in vielfältiger Form weiterträgt und somit auch als Vorbilder agiert. Der Aufruf „1972 – 2022: 50 Jahre Berufsverbote – Demokratische Grundrechte verteidigen“ und das Motto eures Programms „50 Jahre aufrechter Gang“ verdeutlichen, dass es über eure Rehabilitierung und Selbstbehauptung hinaus im Kern um unsere gemeinsamen demokratischen und rechtstaatlichen Prinzipien geht, die keineswegs selbstverständlich sind und deshalb auch immer wieder neu erlernt und verteidigt werden müssen.

Es ist kein klassisches Jubiläum, aber lasst uns in diesem Sinne heute Abend die Kraft der Solidarität und die politische Wirksamkeit feiern, die wir gemeinsam, Gewerkschaften und Initiativen gegen Berufsverbote als Teil der kritischen Zivilgesellschaft gegen Rechts, für Demokratiebildung und die Einhaltung von Menschenrechten entfalten können!